Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 139. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 18. Juni 1931. | 13. Jahrgang.

Nur lebe! Laß dich nicht bannen vom Ziel.
Immer durch neues Kämpfen und Wagen
Wirst du von Ziel zu Ziel getragen.
Mußt dich nur jeden Tag tapferer schlagen,
Dir jeden Tag tapf'rer die Wahrheit sagen,
Das Leben ist des Lebens Ziel. Reinwald.

Zur politischen Lage in China.

Von J. Genähr.

Vorauszusagen, welches die Situation sein werde, wenn diese Zeilen gelesen werden, ist in einem Lande wie China, wo sich das Kaleidoskop der politischen Begebenheiten so oft und so schnell verändert, außerordentlich schwer und soll hier auch gar nicht versucht werden. Es geht mir nur darum, einige Streiflichter auf die gegenwärtige politische Lage in China fallen zu lassen, die den Leser einigermaßen in den Stand setzen können, sich auf diesem Gebiet zurechtzufinden.

Seit einigen Monaten schienen für China endlich wieder friedlichere Zeiten angebrochen zu sein. Der unselige Bürgerkrieg, der seit 1911 mit Unterbrechungen gewütet und dem Lande unersetzlichen Schaden zugefügt hatte, schien ein Ende genommen zu haben. Die Nordkoalition, (die Generale Yen Schi-shang und Feng Yue-hsiang) hatte sich mit der Nanking-Regierung (Tschiang Kai-shek) verständigt. Die zwischen Tschiang Kai-shek und dem Gouverneur der Mandschurei Tschiang Hsue-liang vereinbarte Zusammenarbeit gestattete die Annahme, daß von seiten der Mandschurei der Nankingregierung keinerlei Schwierigkeiten gemacht werden würden. Tatsächlich schien nun die von allen nationalen Chinesen ersehnte Einheit verwirklicht worden zu sein.

Vorbereitungen für eine nationale Regierung wurden ernstlich in Angriff genommen. Die zuständigen Instanzen derselben beschäftigten sich eingehend mit den Vorbereitungen für die Einberufung der Nationalversammlung, die im Mai ds. Js. zusammentreten sollte, um nach dem Wunsche des verstorbenen Führers und Vaters der Revolution Sun Yat Sens nach der Periode der militärischen Kämpfe und der politischen Bevormundung dem Volke endlich parlamentarischen Anteil an der Leitung und Gestaltung des Staatswesens zu geben.

Die Nationalversammlung ist auch programmäßig am 5. Mai in Nanking zusammengetreten und war, soweit die bisherigen Meldungen ein Urteil gestatten, in ihrem Verlauf ein Triumph für Tschiang Kai-shek. Aber wie wenig dem Frieden und den schönen Worten über die endlich gelungene Einigung des Landes zu trauen ist, beweist die Tatsache, daß wenige Tage vor der Eröffnung der Nationalversammlung aufs neue eine Revolte in Kanton ausbrach.

Daß in Kanton, der Wiege und dem Ausgangspunkt der Kuomintang, wo Hu Han-min sich großer Beliebtheit erfreut und zahlreiche Anhänger hat, das scharfe Vorgehen Tschiang Kai-sheks gegen Hu Han-min, den er kurzer Hand internieren ließ, scharfe Kritik finden würde, war vorauszusehen, und daß Hu's Freunde in Kanton sich für seine persönliche Freiheit einsetzen, ist selbstverständlich. Die Vorgänge in Kanton sind darum als eine Demonstration gegen Tschiang Kai-sheks allzu persönliches Vorgehen anzusehen.

Während nach englischen Meldungen anfänglich nur die Absicht bestanden hat, eine provisorische Regierung ins Leben zu rufen, scheint sich die neue Koalition in Kanton doch bereits soweit konsolidiert zu haben, daß sie glaubt, in Kanton eine selbständige Regierung bilden zu können, die für sich in Anspruch nimmt, die Regierung Chinas zu sein. Diese Regierung, bei der prominente Männer wie Wang Tschung-wei, der alte Staatsmann Tang Schaoyi und Sun Fo, der Sohn Sun Yat-sens beteiligt sind, hat an Tschiang Kai-shek ein Ultimatum gerichtet, das binnen 48 Stunden seinen Rücktritt verlangt. Da kaum anzunehmen ist, daß Tschiang Kai-shek dieses Ultimatum annimmt, ist es nicht ausgeschlossen, daß die kriegerischen Auseinandersetzungen, die einige Monate geruht haben, wieder beginnen werden, es sei denn, die von den Vertrauensleuten Tschiang Kai-sheks eingeleiteten Vergleichsverhandlungen erwiesen sich erfolgreich. Sollten diese scheitern, so würde sich Kanton, solange es ohne Verbündete bleibt, bei einem Feldzug Nankings wohl auf die Defensive beschränken müssen. Noch ist nicht abzusehen, ob die Kantoner Bewegung im übrigen China stärkere Resonanz findet und zu größeren Aktionen gegen Nanking führt. Es wird alles davon abhängen, ob Tschiang Hsue-liang, der Gouverneur von der Mandschurei, Tschiang Kai-shek die zugesicherte Treue hält.

Die Regierungsbildung in Kanton wird vermutlich im Auslande nicht viel Zustimmung finden, da die Konsolidierung Chinas, die durch das Zusammengehen Tschiang Kai-sheks und Tschiang Hsue-liangs in der letzten Zeit aussichtsreich beurteilt wurde, durch die Regierungsbildung in Kanton aufs neue gefährdet erscheint.

Der der Nationalversammlung vorgelegte Verfassungsentwurf ist am 12. Mai ohne wesentliche Aenderungen angenommen worden und soll am 10. Oktober in Kraft treten. Ihre Aufgabe, eine vorläufige Verfassung zu schaffen, die für die weitere Periode der politischen Bevormundung und der Erziehung des Volkes gelten soll, hat sie erfüllt. Die Absicht der engeren Parteifreunde Tschiang Kai-sheks, ihn zum Präsidenten wählen zu lassen, hat sich dagegen nicht verwirklichen lassen. Man hat es doch für richtiger gehalten, angesichts der allgemeinen Stimmung, davon noch Abstand zu nehmen, obwohl die stark beeinflußten Wahlen eine durchaus Tschiang Kai-shek freundliche Zusammensetzung der Nationalversammlung und eine große Mehrheit für ihn ergeben hatten. Tschiang Kai-shek wird also nicht Präsident Chinas sein, sondern der Vorsitzende des Zentralvollzugsausschusses der Kuomintang und des Staatsrates, also lediglich von den Parteiinstanzen abhängig bleiben.

Die Säuberungsaktion gegen die Kommunisten in den Provinzen Kiangsi und Hunan erfährt durch diese neueste Entwicklung, die die Dinge in China genommen haben, eine bedauerliche Unterbrechung, da die Kantoner Divisionen, die im Süden die Einkreisung der Kommunisten übernommen hatten, anderweitige Verwendung gefunden haben. Das kann unter Umständen für die Missionen verhängnisvolle Folgen haben, da die kommunistischen Räuberbanden jede Verlegenheit ihrer Regierung als ihre Gelegenheit ansehen, die sie nach Kräften auszunützen versuchen werden.

„Konservative" oder sozialistische Wirtschaftspolitik?

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrisis, deren Ausdehnung und Intensität allen Prognosen zum Trotz noch immer im Wachsen begriffen ist, hat der Erörterung wirtschaftlicher Fragen einen neuen Austrieb gegeben. Immer unübersehbarer wird die Zahl der Abhandlungen, in denen das Problem von den verschiedensten Seiten beleuchtet und seine Lösung versucht wird. Dabei lassen sich, je nach der wirtschaftspolitischen Stellung des Verfassers, drei Wege unterscheiden, auf denen die Krisis ihrer Lösung entgegengeführt werden soll: durch möglichst vollständige Wiederherstellung der früheren wirtschaftlichen Freiheit, durch Fortführung und Erweiterung der bisherigen Wirtschaftsordnung, oder durch Aufhebung der bisherigen privatwirtschaftlichen Ordnung im Wege der Sozialisierung.

So verschieden die beiden erstgenannten Richtungen auch ihrer wirtschaftspolitischen Grundstellung nach sein mögen, eines ist ihnen doch gemeinsam: das grundsätzliche Festhalten an der bisherigen privatwirtschaftlichen Ordnung. Wenn auch zugegeben werden muß, daß sich die Empfehlungen der Sozialreform in manchen Fragen bereits beträchtlich gewissen Forderungen der sozialistischen Richtung zu nähern beginnen, die ihrerseits wiederum durch verschiedene „gemäßigte, „auch-sozialistische" Gruppen (so z. B. der „Revisionisten" oder „Oekonomisten" [1]) mit der sozialreformerischen Richtung in Verbindung steht, so läßt sich doch nicht übersehen, daß zwischen sämtlichen Gruppen der beiden erstgenannten Richtungen und der Gruppe der entschiedenen Sozialisten ein grundlegender Unterschied besteht. Während alle anderen Gruppen überzeugt sind, daß es zur Ueberwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis notwendig sei, die Wirtschaft vor tiefgehenden Eingriffen in die bestehende Ordnung zu schützen, glaubt die Gruppe der entschiedenen Sozialisten, daß ein Festhalten an der privatwirtschaftlichen Ordnung die Fortdauer, ja, vielleicht sogar die Verschärfung der Krisis mit sich bringt, vor allem aber den Keim zu neuen, noch größeren Krisen in sich birgt.

Man hat sich in Wissenschaft und Politik lange vergeblich bemüht, eine Verständigung zwischen diesen beiden Auffassungen herbeizuführen. Sie wird solange unmöglich bleiben, als es den „konservativen" Gruppen [2])

[1]) Als „Oekonomisten" wird bekanntlich, zumal in der russischen Literatur, jene „auch-sozialistische" Gruppe bezeichnet, die auf das eigentliche Ziel des Sozialismus: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, verzichtet hat und den Kampf nur noch um gewisse wirtschaftliche Vorteile der Arbeiterklasse (Besserung der Arbeitsbedingungen und des Lohnes) führt.

[2]) Hierunter sind, nach dem oben Gesagten, zusammenfassend diejenigen wirtschaftspolitischen Gruppen zu verstehen, die einen Eingriff in die bestehende Wirtschaftsordnung — sei es aus grundsätzlichen oder opportunistischen Erwägungen — ablehnen.

nicht gelingt, durch ihre Wirtschaftspolitik den Beweis dafür zu erbringen, daß die bestehende Wirtschaftsordnung nicht bloß befähigt ist, die gegenwärtige Krisis zu überwinden, sondern daß sie — bei richtiger Ordnung aller an der Wirtschaft beteiligten Faktoren — auch in der Lage ist, die Wiederkehr der bisher mit mehr oder minder großer Regelmäßigkeit auftretenden Krisen zu verhindern und das Ziel jeder Wirtschaft: die bestmögliche Bedarfsbefriedigung aller ihr angehörenden Glieder nicht nur für einen gegebenen Zeitabschnitt, sondern für die Dauer, sicherzustellen.

Betrachtet man nun die Mittel, die von den Vertretern der konservativen Gruppen zur Ueberwindung der Krisis angepriesen werden, so wird man neben durchaus diskutablen Vorschlägen (die indessen, da sie nur auf Teilfragen gerichtet sind, den Kern des Problems wenig oder gar nicht berühren) Gesichtspunkte vertreten finden, die man bestenfalls bei einem Vabanque-Spiel gelten lassen kann, die jedoch hier, wo es sich um Gedeih oder Verderb ganzer Nationen, ja, der gesamten Menschheit handelt, geradezu als verbrecherisch bezeichnet werden müssen. So berichtet beispielsweise Dr. Edmund Stinnes in Nr. 153 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" über seine Beobachtungen während seiner diesjährigen Südamerikareise in einer Aufsatzreihe „Die Krise unserer Zivilisation" wie folgt:

„Im eisigen Süden Argentiniens überraschte mich kürzlich die Frage: „Wann endlich wird Europa wieder Krieg führen — und die Wollpreise steigen." Führende Industrielle anderen Ortes wußten für ihre Sorgen nur die Kriegslösung: gesteigerter Verbrauch von Kriegführenden sollte die Preise ihrer Produkte heben. Ich wurde unterwegs von hervorragenden Vertretern fremder Nationen gefragt: Wann geht ihr Deutschen mit uns Engländern in den Krieg, um gemeinsam Frankreichs Arroganz und Goldhortung zu bestrafen, gegen Rußland, um den Bolschewismus auszurotten; wann geht ihr Deutschen mit uns Amerikanern gemeinsam gegen England, damit dessen Hochmut, sein Ausspielen aller Völker gegeneinander aufhört, gegen Frankreich, um diesen Störenfried Europas kaltzustellen? Wann mit uns Italienern gegen das übersättigte, von der Freimaurerloge kontrollierte Frankreich, damit ihr Danzig, den Korridor bekommt, wir Tunis, möglichst auch Nizza? Wann mit uns Russen gegen einen verfaulten Kapitalismus des Westens?"

Die „Bodenreform" (Nr. 17 von 1931) knüpft an die Wiedergabe dieses Zitates die durchaus berechtigte Bemerkung:

„Wie muß es aussehen in einer Welt, in der hervorragende Wirtschaftsführer keinen anderen Ausweg finden als einen, von dem jeder weiß, daß er durch ein Meer von Blut und Tränen in das dunkelste Chaos hineinführen muß? In solcher Zeit ist es für den, dem die Augen aufgetan sind, einfach unmöglich, zu leben, als wenn „alles in Ordnung wäre" nach jener erbärmlichen „Schlauheit" einer verfaulenden Herrenschicht: „Nach uns die Sintflut!"" —

Indessen fehlt es andererseits nicht an durchaus ernstzunehmender Kritik der bestehenden Verhältnisse. So wird z. B. im „Aufwärts" vom 3. April 1931 in einem Artikel „Im Kampf um die neue Wirtschaftsform" folgendes ausgeführt:

„Wenn heute so viele Menschen an der gegenwärtigen Welt verzweifeln, wenn sie die moderne Wirtschaft und den Staat verdammen, dann erscheint das nicht verwunderlich. Millionen von Menschen hat die Rationalisierung und der Hochkapitalismus ihre Existenz genommen. Der große Umwälzungsprozeß hat die alte soziale Gliederung der Bevölkerung zerstört. Die Inflation vernichtete das, was viele Generationen mühsam geschaffen hatten. An der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Zustände haben weite Kreise der Bevölkerung kein Interesse mehr und deshalb sind die großen Abwanderungen nach der extremen Rechten und der radikalen Linken nicht nur eine Folge des Mißvergnügens über die Politik der Regierung, sondern einfach die Folge der gewaltigen wirtschaftlichen und kulturellen Umwandlungen, die sich erst allmählich in all ihren Folgen deutlich zeigen."

Aenlich, wenn auch bedeutend zurückhaltender, äußert sich der Kölner Erzbischof Schulte in seinen bekannten „Richtlinien zur sozialen Verständigung":

„So ist es denn gekommen, daß nicht nur in der Wirtschaftsordnung, sondern auch in der Gesellschaftsordnung das Kapital höhere Bedeutung als früher erlangt hat und daß der Gedanke an das Wohl der Allgemeinheit, soweit er in der Wirtschaft noch lebendig blieb, die Zielrichtung auf die höchsten geistigen Güter der Menschheit verlor. Dadurch sind wirtschaftliche und soziale Verhältnisse ge-

schaffen worden, die nicht nur den Unternehmer in schwere Gefahr brachten, sondern für Millionen von Menschen schwere Gefährdungen der wertvollsten Lebensgüter, insbesondere von Religion, Sittlichkeit und Familienleben, und außerdem eine wirtschaftliche Abhängigkeit und Unsicherheit bewirkten, die immer drückender empfunden wurde."

Was aber hat man denn auf konservativer Seite diesen heute wohl von niemandem mehr bestrittenen, dem Ziele jeder geordneten Wirtschaft abträglichen Zuständen an positiven Vorschlägen gegenüberzustellen? Zu dieser Frage liegt eine in ihrer Einfachheit verblüffende Antwort vor, die der bekannte westdeutsche Großindustrielle, Generaldirektor Paul Reusch, auf der Anfang Juni 1931 abgehaltenen Tagung des Langnamvereines[3]) (der in seiner Entschließung ausdrücklich die „Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit der privaten Wirtschaft"[4]) als vordringlichste Aufgabe bezeichnet) nach den durch die Tagespresse verbreiteten Berichten wie folgt gegeben hat:

„Die Antwort auf die Frage: Was tun? sei leicht (!). Deutschland sei ein armes Volk geworden, und Armut könne nur durch Opfer, Fleiß und Arbeit überwunden werden. Wir müssen uns wieder nach oben hungern, wie es das alte Preußen nach den Freiheitskriegen getan hat."

Leider war in diesem Bericht nichts darüber erwähnt, ob Generaldirektor Reusch das „Nach-oben-hungern" auf „das Volk" beschränkt oder auch auf die Gruppe der Generaldirektoren und Aufsichtsratmitglieder bezogen wissen wollte . . .

Etwas konkreter, vor allem aber auch mehr den allerelementarsten Bedürfnissen des „Volkes" Rechnung tragend, sind die Forderungen der Sozialreform. Es erübrigt sich, hier in eine ausführliche Darlegung der sozialreformerischen Bestrebungen und Bewegungen einzutreten, deren Arbeit ohne Frage für die Besserung des Loses der Arbeiterklasse von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen ist. Aber ihren Bemühungen mußte dennoch ein dauernder Erfolg versagt bleiben, da die wirtschaftspolitische Einstellung der Sozialreform zwar die Behandlung der Symptome unserer wirtschaftlichen Nöte gestattete, ihre bis an die Wurzel greifende, „radikale" Heilung indessen unmöglich machte.

Diese wird nun von den Vertretern der letztgenannten Richtung angeboten. „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrükkung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde", sagt das Erfurter Programm, das bekanntlich die Marx-Engelssche Auffassung des sozialistischen Hauptzieles: „Vergesellschaftung der Produktionsmittel" in der schärfsten Ausprägung enthält[5]). „Diese gesellschaftliche Umwandlung", fährt das Erfurter Programm fort, „bedeutet die Befreiung nicht bloß der Arbeiterklasse, sondern der gesamten Menschheit, die unter den heutigen Zuständen leidet. Aber diese Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben."

Hier wird es nun deutlich, daß zwischen den Zielsetzungen des entschiedenen Sozialismus und sämtlichen übrigen Gruppen, deren gemeinsames Ziel unbestritten die „Erhaltung der (wirtschaftlichen) Grundlagen der heutigen Gesellschaft" bildet, ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht. Wo immer diese Zielsetzung in unabgeschwächter Form propagiert bezw. (wie jetzt in Sowjet-Rußland) praktiziert wird, muß es zu einer Auseinandersetzung mit den übrigen „konservativen" Gruppen kommen.

Seit mehr als 150 Jahren haben diese Gruppen, deren Einfluß auf die Wirtschaftspolitik während dieser Zeit von wechselnder Stärke gewesen ist, Gelegenheit gehabt, für die von ihnen geschaffene „freie" privatwirtschaftliche Ordnung den Befähigungsnachweis zu erbringen. Das Ergebnis dieser Politik liegt vor aller Augen: „Der Verkehr stockt, die Märkte sind überfüllt, die Produkte liegen da, ebenso massenhaft wie unabsetzbar, das bare Geld wird unsichtbar, der Kredit verschwindet, die Fabriken stehen still, die arbeitenden Massen ermangeln der Lebensmittel, weil sie zuviel Lebensmittel produziert haben (!), Bankrott folgt auf Bankrott, Zwangsverkauf auf Zwangsverkauf. Jahrelang dauert die Stockung, Produktivkräfte wie Produkte werden massenhaft vergeudet und zerstört, bis die aufgehäuften Warenmassen unter größerer oder geringerer Entwertung endlich abfließen, bis Produktion und Austausch allmählich wieder in Gang kommen. Nach und nach beschleunigt sich die Gangart, fällt in Trab, der industrielle Trab geht über in Galopp, und dieser steigert sich bis zur zügellosen Karriere einer vollständigen industriellen, kommerziellen, kreditlichen und spekulativen Steeple-chase, um endlich nach den halsbrechendsten Sprüngen wieder anzulangen — im Grabe des Krachs. Und so immer von neuem."

Diese, in ihrer dramatischen Wucht einzigartige Schilderung der privatwirtschaftlichen Desorganisation wurde von Friedrich Engels bekanntlich vor mehr als 50 Jahren geschrieben. Wer möchte bestreiten, daß sie noch heute, ja, heute vielleicht erst in vollem Umfange zutrifft? . .

So bietet sich der Sozialismus, nachdem die übrigen konservativen Gruppen eine dauernde Heilung der wirtschaftlichen Nöte und Krisen nicht vermocht haben, heute der enttäuschten und verzweifelnden Menschheit als letzter Retter an. Auf Sowjetrußland aber, das einen gigantischen Versuch unternimmt, den „Befähigungsnachweis des Sozialismus" zu erbringen, sind heute die Augen der ganzen Welt gerichtet. Auf dem Boden der UdSSR[6]) muß es sich entscheiden, wem die Palme des Sieges zufallen wird: der konservativen oder der sozialistischen Wirtschaftspolitik.

Dr. Günther Wiedemann.

[3]) „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen".

[4]) Daß diese heute weithin durch die internationalen Kartelle und Truste in Fesseln geschlagen ist, wird bei derartigen Kundgebungen leider zumeist schamhaft verschwiegen!

[5]) Daß der „Revisionismus" dieses Ziel als „zunächst unerreichbar", wenn auch nicht aufgegeben, so doch zunächst zurückgestellt hat, ist für unsere Betrachtung unerheblich, da diese Forderung inzwischen von der Gruppe der „entschiedenen" Sozialisten in vollem Umfange wieder aufgenommen worden ist.

[6]) „Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken".

Notverordnung und Tabaksteuerunterstützung.

Auf Grund der letzten Erhöhungen der Abgaben vom Tabak wurde in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 im Artikel IV, § 2 den durch die Erhöhung vom Tabak arbeitslos gewordenen oder geschädigten Arbeitern des Tabakgewerbes eine Unterstützung aus Reichsmitteln zugebilligt. Diese Unterstützung sollte 75 v. H. des entgangenen durchschnittlichen Arbeitsverdienstes betragen und zwar für die Dauer von 52 Wochen, und für alle Tabakarbeiter in Frage kommen, die innerhalb der Zeit vom 1. Dezember 1930 bis 31. März 1932 arbeitslos oder durch Kurzarbeit geschädigt wurden. Die Erhöhung der Abgaben vom Tabak hatte eine geradezu katastrophale Arbeitslosigkeit zur Folge und auch gegenwärtig sind noch Zehntausende von Arbeitern des Tabakgewerbes vorhanden, die in Auswirkung der letzten Tabaksteuererhöhung entweder arbeitslos oder von Kurzarbeit betroffen wurden.

Neben den durch die Tabaksteuererhöhung geschädigten Arbeitern sah die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 auch eine Entschädigung für jene Fabrikanten vor, welche infolge der neuen steuerlichen Belastung gezwungen waren, ihr Unternehmen aufzugeben.

Ganz überraschend und für die Beteiligten völlig unerwartet sieht nun die neueste Notverordnung des Reichspräsidenten die Aufhebung der Tabaksteuerunterstützung vor, während die Entschädigung für die Fabrikanten weiter gezahlt wird. In der Tabakarbeiterschaft hat dieser Vorgang Erbitterung und Empörung ausgelöst. Sie kann es nicht begreifen, daß ein feierlich gegebenes Versprechen und ein im Gesetz verankertes Recht ihr genommen wird. Schärfsten Protest auf der ganzen Linie muß die Aufhebung der Tabaksteuerunterstützung notwendig auslösen. Mit den Aermsten unter der Arbeiterschaft in einer Zahl von Zehntausenden nimmt man die Unterstützung, während man den Fabrikanten ihre Entschädigung beläßt. Ob die Väter dieser Maßnahme unter den Ministern oder innerhalb der Bürokratie des Reichsfinanzministeriums zu suchen sind, ist nebensächlich angesichts der ungeheuerlichen Wirkungen dieser Maßnahme für die davon betroffene Arbeiterschaft.

Nach Bekanntwerden der Aufhebung der Tabaksteuerunterstützung haben der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands und der Deutsche Tabakarbeiterverband an den Reichskanzler, den Reichsarbeitsminister und den Minister der Reichsfinanzen folgendes Protesttelegramm gerichtet:

„Gegen die in der neuen Notverordnung vorgesehene Beseitigung der Sonderunterstützung für die durch das Tabaksteuergesetz vom 1. Dezember 1930 verdienstgeschädigten Tabakarbeiter erheben wir im Auftrage von vierunddreißigtausend arbeitslosen und kurzarbeitenden Verbandsmitgliedern schärfsten Protest und erwarten, daß Reichsregierung das den Opfern der Tabaksteuergesetzgebung gegebene feierliche Versprechen auf Gewährung der Sonderunterstützung im vollen Umfange einlöst.

Das infolge der Tabaksteuergesetzgebung verursachte Elend ist bei den verdienstgeschädigten Tabakarbeitern groß und würde durch den Entzug der Sonderunterstützung unerträglich werden. Hilfe von den unterstützungspflichtigen Gemeinden ist nicht zu erwarten, da auch diese durch lange Arbeitslosigkeit der Tabakarbei-

Die Freunde germanischer Vorgeschichte
in Osnabrück, 26. bis 29. Mai 1931.

Der Hauptteil der 4. Tagung der Freunde germanischer Vorgeschichte war in diesem Jahre nach Osnabrück verlegt worden. Das war ein Versuch, ob man es wagen dürfte, über Detmold hinauszugehen. Der Verlauf der Tagung hat gezeigt, daß der Gedanke, der 1928 zum Zusammenschluß in Detmold geführt hat, nun schon weiteren Kreisen vollauf vertraut ist; Osnabrück war ein voller Erfolg.

Ueber den ersten Tag, der wie bisher in Detmold stattfand, und an dem die Externsteine, die Heidenkirche, die Schwedenschanze in Kohlstädt, das Dreihügelheiligtum und die Kampfspielbahn in Langelau und Oesterholz besichtigt wurden, erübrigt sich ein Bericht. Am Abend hielt Oberbaurat Schwarz-Fulda einen Vortrag über die Milseburg in der Rhön. Entgegen der üblichen Meinung, die Milseburg sei lediglich Fluchtburg gewesen, belegte der Vortragende mit gewichtigen Gründen die Auffassung, daß es sich hauptsächlich um einen Allding platz mit kultischen Einrichtungen handle, der natürlich auch für eine Verteidigung in der Stunde der Not zugerichtet war.

Am Mittag des 27. Mai begrüßte Oberbürgermeister Dr. Gärtner in Osnabrück die Teilnehmer mit einer warmempfundenen Ansprache, in der er betonte, man handle nur im Sinne Mösers, wenn man aus der Geschichte die Gemütswerte wirksam werden ließe. Stadtmedizinalrat Dr. von Bruch legte in sorgfältiger Ausführung dar, welche Bedeutung das Osnabrücker Land in vorchristlicher Zeit gehabt habe. Eine Besichtigung der wichtigsten Teile der Altstadt rundete den Vortrag zum lebendigen Bilde. Aus dem blendend-hellen, heißen Sommertage stiegen die Teilnehmer dann hinab in die feuchte, kühle Dunkelheit des Gertrudenberger Loches". Was diese weitgedehnten Höhlenräume, von denen zur Zeit nur ein Drittel begehbar ist, einst bedeutet haben, ist noch nicht geklärt. Aber das scheint doch wohl sicher, daß sie nicht angelegt worden sind, um im Mittelalter (urkundlich werden sie 1333 schon als verfallen genannt) daraus Kalk für die Mörtelbereitung zu gewinnen. Das sehr erfreuliche Entgegenkommen der Osnabrücker Stadtverwaltung muß besonders betont werden. Der tiefe Abstiegschacht war eigens mit einem Geländer versehen, Leute mit Laternen waren bereit gestellt worden. Der Rest des Nachmittages wurde ausgefüllt durch eine Besichtigung der Karlsteine (eines der wenigen deutschen Riesensteingräber, die nicht aus eiszeitlichen Irrblöcken, sondern aus anstehendem Gestein errichtet sind), der Stelle, an der den Sachsen des Osnabrücker Landes zu Karls Zeiten zuerst das Christentum gepredigt sein soll (Kreuz ihm Hohne), des seltsamen Knieanbetungssteines und der Johannissteine auf dem Piesberge. Auf einem dieser Steine findet sich eine merkwürdige, sozusagen umgekehrte Darstellung des Sternbildes des großen Wagens. Prof. Dr. Riem vom astronomischen Recheninstitut Berlin sprach sich dahin aus, gerade diese Darstellung mache eine Fälschung aus späterer Zeit unwahrscheinlich, denn ein Fälscher würde das Sternbild sicher so angebracht haben, wie wir es am Himmel sehen; dieser Darstellung, die das Bild in seiner unteren Kulmination zeige, sei sicher kultische Bedeutung beizumessen und stamme aus der Vorzeit.

Prof. Dr. Riem hielt am Abend einen Lichtbildervortrag über „Astronomie bei den nordischen Völkern". In einer Reihe von Kapiteln verglich er in äußerst eindrucksvoller Weise die Zeugnisse der nordischen Astronomie mit denen der orientalischen und wies auf das wissenschaftlich erwiesene hohe Alter der nordischen Astronomie hin.

Am 28. Mai sprach zunächst Lehrer Westerfeld-Haltern in sehr klarer Weise über „Kultstätten des Osnabrücker Landes", dann Lehrer Rohlmann-Velpe über das Thema „Unsere Flurnamen als Wegweiser zu vorgeschichtlichen Kultstätten". Beide Vorträge waren reichlich mit Lichtbildern bedacht und brachten recht interessante Aufschlüsse, zeigten vor allem, welche Schätze die Heimatforschung noch zu heben vermag. Einzelheiten hier zu bringen, ist unmöglich. Eine außerordentlich große Zahl von Teilnehmern schloß sich dann der Autofahrt durch das Tecklenburger Land an.

Diese Fahrt führte zunächst zu dem großen Kammergrab in der Bauerschaft Vechte. Die vorhandenen Reste sind in mustergültiger Weise vor weiterer Zerstörung geschützt. Eine wetterfest angebrachte Tafel gibt in verständlicher Weise jedem Laien Auskunft über Alter und Bedeutung des Denkmals. Während der Mittagspause in Tecklenburg hielt Museumsdirektor Dr. Gummel-Osnabrück ein aufschlußreiches Referat über Megalithgräber (Riesensteingräber) im allgemeinen. Besonders interessant war die Frage nach dem Volkstum der Germanen, die auf das engste mit den Megalithgräbern, die eine Art Erbbegräbnisse oder Sippengräber darstellen, und den gleichzeitig neben ihnen auftretenden Einzelgräbern in flachen Hügeln zusammenhängt. In der Aussprache über diese Frage waren besonders wertvoll die Hinweise, die Herr Müller-Brauel, Direktor des Roselius Museums in Bremen, aus seiner langjährigen, reichen Erfahrung heraus gab.

Auf die Aufforderung des Osnabrücker Tagungsleiters berichtete Direktor Teudt-Detmold darüber, wie es vom Buch zur Bewegung gekommen sei. Als das wesentliche Ziel der Bewegung stellte er hin: Aufdecken der frühgermanischen Geschichte zur Kräftigung und Freude unseres Volkes.

Von Tecklenburg ging die Fahrt weiter zum Urdorf Hambüren. Lehrer Rohlmann-Velpe erläuterte die Bedeutung des Hofes Tiemann, der inmitten doppelter Umwallung die alte Stellung der Gebäude bewahrt hat. Der Berichterstatter sprach den lebhaften Wunsch aus, daß die Mittel beschafft werden könnten, aus diesem Hof ein Freilichtmuseum zu machen.

Einen stimmungsvollen Abschluß fand die Fahrt an den Sloopsteinen, einem der gewaltigsten Hünenbetten. Wetterköpfe hatten sich aufgetürmt, und als Casteiles markige Ballade vom schlafenden König Weking gesprochen wurde, grollte Donner, und die Jungeichen rauschten im Wetterwind.

Es konnte hier der Verlauf der Tagung nur in Umrissen gegeben werden. Das 1. Heft der 3. Folge „Germanien" wird einen ausführlichen Bericht bringen, in den meisten Fällen auf Grund der Manuskripte der Vortragenden.

In diesem Zusammenhange ist es wohl wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Zahl derjenigen, die sich für die germanischen Kultstätten interessieren, ständig wächst und daß immer wieder Bitten um Führungen bei dem Vorstand der „Freunde germanischer Vorgeschichte" in Detmold eingehen. Um diesen vielfachen Wünschen nachzukommen und die Zahl der Besucher zusammenzufassen, sind allgemeine Führungen an folgenden Sonnabenden vorgesehen: 27. Juni, 2. und 25. Juli, 1., 15. und 29. August pünktlich 3 Uhr an den Externsteinen beginnend. Verbindung nach den Externsteinen von Detmold oder Horn-Bad Meinberg mit der Elektrischen in ½ oder ¾ Stunde.

ter in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt sind. Wir ersuchen dringend, in der Notverordnung vom 1. Dezember für notwendig erkannte und zum Gesetz erhobene Sonderunterstützung nicht aufzuheben, sondern sie im versprochenen Umfange zu gewähren.

Von Ihrem Entschlusse in dieser Sache bitten wir uns zu unterrichten. Zu einer Aussprache stehen wir jederzeit zur Verfügung."

Da die neue Notverordnung im Reichsrat wie auch sehr wahrscheinlich in einem Reichstagsausschuß eine Ueberprüfung erfordert, so besteht immerhin noch eine schwache Hoffnung auf Beseitigung oder doch eine Milderung dieser Bestimmung der neuen Notverordnung. Seitens des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands sind alle Maßnahmen in die Wege geleitet, um eine Aenderung herbeizuführen. B.

Die Entscheidung im Ältestenrat.

Keine Einberufung des Reichstags.

— Berlin, 16. Juni.

Im Ältestenrat des Reichstages wurde am Dienstagmittag die vorzeitige Einberufung des Reichstagsplenums gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Kommunisten, der Wirtschaftspartei und des Landvolks abgelehnt, da die Mandatszahl dieser Parteien nicht die Hälfte der Reichstagssitze, nämlich 280, erreicht. Die Befürworter des Antrages brachten es nur auf 265 Stimmen; die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten stimmten mit den Regierungsparteien gegen die Einberufung.

Die Sozialdemokraten beantragten daraufhin die Einberufung des Haushaltsausschusses zur Beratung der Abänderungen der Notverordnung. Der Fraktionsvorsitzende der DVP., Abg. Dingeldey, gab hierzu die Erklärung ab, daß die Volkspartei auch gegen die Einberufung des Haushaltsausschusses sei, ebenso erklärte der Vertreter der Wirtschaftspartei, Abg. Mollath, daß nach Ansicht seiner Fraktion im Haushaltsausschuß das von seiner Partei als vordringlich bezeichnete Ziel einer unverzüglichen Aufrollung der Reparationsfrage nicht erreicht werden könne, und daß seine Fraktion aus diesem Grunde an der Einberufung dieses Ausschusses kein Interesse habe, sondern auf der Einberufung des Reichstages selbst bestehen müsse.

Letzter Appell der Reichsregierung.

Im Auftrage der Reichsregierung richtete Staatssekretär Pünder einen Appell an die Parteien und erklärte, die Reichsregierung werde jede Einschaltung des Reichstages wie auch des Haushaltsausschusses mit ihrem sofortigen Rücktritt beantworten.

Im einzelnen führte Dr. Pünder aus, die Reichsregierung müsse daran festhalten, daß etwaige Abänderungen der Notverordnungen mit Sorgfalt vorbereitet werden müßten. Die Reichsregierung sei hierbei zu positiver Mitarbeit absolut bereit. Sie werde sich mit den arbeitsbereiten Gruppen des Reichstages darum bemühen, formulierte Verbesserungsvorschläge vorzubereiten, für die eine Mehrheit in diesem Hause gewiß wäre. Diese Verbesserungsvorschläge würden dann als Gesetzesnovelle zur Notverordnung in der Oktobertagung des Reichstages ihre parlamentarische Erledigung finden können und müssen. Jeder andere Weg führe nach reiflicher Prüfung der Reichsregierung zu keinem positiven Ergebnis. Das mit Bestimmtheit zu erwartende negative Ergebnis sofort einsetzender Reichstagsberatungen würde aber auf anderen Gebieten von den unheilvollsten Folgen begleitet sein. Diese mit zu verantworten, sehe sich die Reichsregierung nicht imstande.

Die Kommunisten und die Nationalsozialisten behielten sich ihre Stellungnahme zu dem sozialdemokratischen Antrag vor. Infolgedessen vertagte der Ältestenrat die Entscheidung über die Einberufung des Haushaltsausschusses bis 6 Uhr abends.

*

Die letzten Beratungen.

In dem in der letzten Zeit so stillen Reichstag herrschte am Dienstag schon zu früher Stunde reges Leben, da die meisten Fraktionen noch einmal zusammentraten, um ihre Stellungnahme in der Frage der Reichstagseinberufung endgültig festzulegen. Ueber die Haltung der kleinen Fraktionen erhielt man zuerst Aufschluß. Die Fraktionen des Landvolkes und der Wirtschaftspartei beschlossen, im Ältestenrat für die Einberufung des Plenums einzutreten, die Fraktion des Christlichsozialen Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei sprach sich gegen die Einberufung aus, behielt sich aber eine erneute Stellungnahme ausdrücklich vor, wenn nicht in kürzester Frist weitere entscheidende Schritte in der Tributfrage erfolgen. Kurz vor dem Zusammentritt des Ältestenrats hatte auch

die Deutsche Volkspartei

ihre Fraktionssitzung beendet. Sie entschied sich — im Gegensatz zu ihrem früheren Beschluß — nunmehr gegen die Einberufung des Reichstages und begründete ihren neuen Entschluß mit einer längeren Parteiverlautbarung, in der sie ihre Bedenken gegen die Notverordnung und die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichskabinetts grundsätzlich aufrecht erhält, aber davon Kenntnis nimmt, daß auf Grund ihrer letzten Beschlüsse zwischen dem Reichskanzler und dem Fraktionsvorsitzenden eingehende Verhandlungen über die in der nächsten Zeit auf tributpolitischem Gebiet von der Reichsregierung zu ergreifenden Maßnahmen stattgefunden haben, die zu einem vollen Einvernehmen führten. Die Fraktion vertraut darauf, daß durch die weitere Fühlungnahme ihres Vorsitzenden mit dem Reichskanzler Gewähr für die alsbaldige Durchführung dieser Maßnahmen geboten ist. Weiter verweist die volksparteiliche Erklärung darauf hin, daß die infolge der Tributkrise entstandene, durch die ausländischen Kapitalabzüge in gefährlichstem Umfange vermehrte Krisengefahr für das ganze Deutsche Reich und seine Wirtschaft schnellstes Handeln erfordere.

Die Haltung der Sozialdemokratie.

Am längsten zogen sich die Beratungen der Sozialdemokraten hin. In den nächtlichen Besprechungen in der Reichskanzlei hatten die Vertreter der Sozialdemokraten die sofortige Abänderung der Notverordnung durch den Haushaltsausschuß des Reichstages gefordert.

Dr. Brüning hat ihnen aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß nach seiner Ueberzeugung auch eine Tagung des Haushaltsausschusses dazu angetan sein würde, die notwendige Beunruhigung auf dem Devisenmarkt zu verhindern und er deshalb aus der Einberufung dieses Ausschusses dieselben Konsequenzen ziehen werde, die er für den Fall der Reichstagseinberufung angedroht hat.

Damit blieb es also bei dem Beschluß des Fraktionsvorstandes, der Fraktion nur Bericht zu erstatten und ihr die Entscheidung zu überlassen. Die Fraktion konnte aber am Dienstagvormittag zu keinem Entschluß kommen und hatte kurz vor dem Zusammentritt des Ältestenrats die Beratungen auf den Nachmittag vertagt.

*

Keine Einberufung des Haushalts-Ausschusses.

Die Sozialdemokraten verzichten.

— Berlin, 16. Juni.

In der zweiten Sitzung des Ältestenrats des Reichstags verzichteten die Sozialdemokraten darauf, ihren Antrag auf die Einberufung des Haushaltsausschusses zur Beratung der Abänderung der Notverordnung formell einzubringen. Sie stimmten auch gegen einen ähnlichen Antrag der Kommunisten. Dieser Antrag wurde daher gegen die 225 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt.

Im Anschluß an die erste Sitzung des Ältestenrats hatte eine neue Aussprache zwischen dem Reichskanzler und den sozialdemokratischen Führern stattgefunden. Gegen 3 Uhr trat die sozialdemokratische Fraktion zu der entscheidenden Sitzung zusammen, die sich drei Stunden lang bis zum Zusammentritt des Ältestenrates hinzog und mit dem Verzicht auf die Einberufung des Haushaltsausschusses endete.

Die Reichsregierung hat damit ihren Willen restlos durchgesetzt, wonach sich weder das Reichstagsplenum noch der Haushaltsausschuß vorläufig mit der Notverordnung befassen sollen. Maßgebend für diese starre Haltung des Reichskanzlers waren vor allem

außenpolitische Momente.

Nach Ansicht der Reichsregierung darf nicht vergessen werden, daß die Notverordnung und die Aktion zur Revision des Youngplanes in einem sehr engen Zusammenhang stehen. Auf diese Notverordnung hat die Reichsregierung in ihrem Aufruf hingewiesen, mit dem sie sich an die Weltöffentlichkeit wandte. Man darf annehmen, daß die Verordnung die Grundlage nicht nur der Besprechungen, sondern auch bestimmter Feststellungen in Chequers bildete. Wenn fast unmittelbar nach Chequers die Verordnung wieder umgestoßen worden wäre, dann hätte das nach Auffassung der Reichsregierung höchst unerwünschte Wirkungen auf die Reparationsaktion haben müssen. Deshalb versagte sich Dr. Brüning allen Versuchen, die auf eine Abänderung der Notverordnung im Augenblick hinausliefen. Die Reichsregierung ist dagegen, wie Dr. Pünder im Ältestenrat hervorhob, grundsätzlich durchaus bereit, die Notverordnung im Laufe des Sommers einer Nachprüfung zu unterziehen und dann im Oktober dem Parlament eine Novelle vorzulegen, durch die die großen Härten der Notverordnung gemildert bezw. ausgemerzt werden.

Wenn das deutsche Volk bis dahin die schweren Lasten der Notverordnung auf sich nimmt, so kann es mit allem Recht verlangen, daß die Reichsregierung sofort alles in die Wege leitet, um die Verhandlungen über die Tributrevision schleunigst in Gang zu bringen.

Brünings Zusage.

Der Verzicht der Sozialdemokraten.

Den Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses zur Beratung über die Notverordnung haben die Sozialdemokraten nicht eingebracht, nachdem sie vom Reichskanzler die Zusage erhalten hatten, daß sich im August die Reichsregierung und die Parteien zu gemeinsamer Verhandlung einfinden werden, um die Härten der Notverordnung zu mildern. Schon jetzt wird die Regierung durch die Ausführungsbestimmungen eine Milderung herbeiführen. Es wird ein Weg gesucht, den jugendlichen Erwerbslosen — um diese handelt es sich besonders — im Falle der Bedürftigkeit zu helfen.

Inzwischen wird die Reichsregierung die Vorbereitungen für die Aufrollung der Reparationsfrage treffen, und schon Ende nächsten Monats wird Klarheit über den Schritt der Reichsregierung in dieser Richtung herrschen.

Plünderungsversuche

in Mainz.

— **Mainz**, 17. Juni. In den frühen Nachmittagsstunden des Dienstag machte sich in Mainz, nachdem am Vormittag durch Handzettel offen zu Geschäftsplünderungen aufgefordert worden war, eine starke Unruhebewegung bemerkbar. Gegen Abend kam es dann zu Zusammenstößen mit der Polizei, als an einigen Stellen der Stadt versucht wurde, Geschäfte zu plündern. Ein Angriff gegen die Villa des Oberbürgermeisters Dr. Külb wurde, nachdem dort einiger Sachschaden angerichtet worden war, von der Polizei abgeschlagen. Mehrmals mußte die Polizei die ganze Altstadt mit dem Gummiknüppel räumen, wobei mehrere Angreifer verletzt wurden. Sechs Personen wurden verhaftet.

:: **Die oldenburgische Regierung zurückgetreten.** Im Oldenburgischen Landtag wurde ein nationalsozialistischer Mißtrauensantrag mit 24 gegen 4 Stimmen bei 20 Enthaltungen angenommen. Die Regierung ist darauf sofort zurückgetreten.

Kabinettskrise in Wien.

Das österreichische Kabinett zurückgetreten. — Wegen der Garantieforderungen der Gläubiger.

— Wien, 16. Juni.

Der österreichische Innenminister Dr. Winkler hat seinen Rücktritt erklärt. Der Minister hatte im Ministerrat gewisse Bedingungen für die Garantie für die ausländischen Gläubiger der Kreditanstalt gestellt. Diesen Bedingungen wurde im Ministerrat nicht Rechnung getragen, und Innenminister Winkler hat daraus die Folgerung gezogen und nach einer Beratung des Landbundes, der Winkler in das Kabinett entsandt hat, seinen Rücktritt überreicht. Der Ministerrat hat darauf die Gesamtdemission des Kabinetts Ender beschlossen.

*

Unter französischem Druck.

Der Rücktritt des Kabinetts Ender.

— **Wien**, 16. Juni. Der Rücktritt der Regierung Ender ist der seit Wochen erwartete Schluß einer Entwicklung, deren einzelne Abschnitte durch das Ausscheiden der verschiedenen Minister gekennzeichnet ist. Der erste war der Sozialminister, der zurücktrat, weil die von ihm vorgeschlagene Reform der Sozialversicherung bei der Mehrheit scharfe Kritik fand. Der zweite, der Justizminister Schürff, verließ bereits in seiner Eigenschaft als Vertreter seiner Partei das Kabinett, aber im Zeitpunkt des Rücktritts Schürffs spielte schon in den Beschwerden der Großdeutschen Partei die ganz unerwartete Berufung des Vicedirektors der französischen Notenbank, Rist, zum Berater der österreichischen Nationalbank eine Rolle. Das war der erste Vorstoß der Franzosen gegen das Kabinett Ender-Schober. Es ist bekannt, daß Rist unter ausländischer Auswirkung gar nicht erst zum Antritt des ihm zugedachten Amtes kam, sondern daß der Holländer Bruyns an diese Stelle trat. Wie weit jedoch die Einflußnahme der Franzosen auf die Entwicklung der Dinge ging, ist aus den Informationen Pariser Herkunft besser zu entnehmen, als aus dem, was in Wien zugegeben wurde. Aber auch in Wien ist in der Oeffentlichkeit in den letzten Tagen die Tatsache des französischen Vorstoßes wenigstens in der Richtung stark hervorgetreten, daß offen von dem französischen Verlangen gesprochen wurde, den jetzigen Außenminister von seiner Stelle zu beseitigen. Es ist klar, daß man dabei nicht allein die Person Schobers meinte, sondern den Kurs, dem durch Zollunion und Anschlußwillen die Richtpunkte gegeben sind.

Die Botschaft Doumers.

„Die Not der Nachbarn." — Aufrechterhaltung des Friedens.

Die Antrittsbotschaft des neuen französischen Präsidenten Doumer ist am Dienstagnachmittag vom Ministerpräsidenten Laval in der Kammer und vom Justizminister Bérard im Senat verlesen worden. Die Botschaft nimmt Bezug auf die Prüfungen, wie sie die gesamte Welt jetzt erleide, und fährt dann fort: „Unsere momentane Verlegenheit ist viel weniger auf innerpolitische Störungen, als auf die Not der Nachbarn zurückzuführen. Wir können indes nicht die Heilung des Uebels der anderen abwarten, um unsere eigenen zu bekämpfen. Landwirtschaft, Industrie und Handel fordern die Hilfe der legislativen Gewalt. Aber man kann nicht verheimlichen, daß der Kampf gegen die Wirtschaftsdepression durch die Probleme der Regelung des Krieges und der Ausführung der Verträge äußerst kompliziert wird. Um die Fragen zu lösen, die sich zwischen die Staaten stellen, ist der Wille zur Verständigung notwendig."

Frankreich werde, so heißt es in der Botschaft, mit notwendiger Vorsicht alle Lösungen prüfen, die den Frieden der Welt zu sichern in der Lage sind. Den Frieden aufrechtzuerhalten und zu organisieren, sei in der Tat eine dringende Pflicht, die sich die Völker auferlegt hätten. Sie lasse sich vereinbaren mit der Hauptpflicht, selber das Leben des Vaterlandes und seine Sicherheit und seine Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Um Briands Politik.

Die Interpellation in der Kammer.

Zu Beginn der Kammersitzung gab der Kammerpräsident wie auch der Senatspräsident dem Beileid des Parlaments zu dem Schiffsunglück Ausdruck. Die hierauf vom Ministerpräsidenten verlesene Botschaft des Präsidenten der Republik wurde von der Kammer mit Beifall aufgenommen.

Auf einmütigen Wunsch der Kammer und der anwesenden Regierungsmitglieder, darunter des Außenministers Briand wurde die sofortige Diskussion der Interpellation des Abgeordneten Franklin-Bouillon angeordnet.

Der Interpellant wiederholte seine Behauptung, daß die Kammer durch ihre bisherige Abstimmung wohl für den Ministerpräsidenten Laval, nicht aber für den Außenminister Briand gestimmt habe. Denn nur wenige Abgeordnete seien hinsichtlich der Politik Briands beruhigt. Die Mehrheit habe sich auch in Versailles gegen diese Politik ausgesprochen. Franklin-Bouillon fragte dann, wie die Linksparteien Briand im Kabinett belassen könnten und warum Laval nicht längst den Außenminister gewechselt hätte. Man müsse die Mystik, die Briand um sich geschaffen habe, zerstreuen.

Der Redner kam auch auf die Stahlhelmkundgebung zurück, deren Bedeutung Briand zu verkleinern suche, während doch tatsächlich 250 000 aufmarschiert gewesen seien. Er schloß, indem er auch die Anschlußfrage berührte und mit den gleichen Argumenten operierte wie in seinen letzten Reden.

Dann sprachen die Abgeordneten Emile Borel und Honnevay für die Politik Briands. Darauf wurde eine Pause eingelegt.

Kabinett Lavals Sieg.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte nahm die Regierung eine Vertrauenstagesordnung Barety (Linksrepublikaner) an. Sie lautete:

Die Kammer bleibt der Friedens- und Sicherheitspolitik, wie sie von der Regierung betrieben wird, treu, billigt

ihre Erklärungen, drückt ihr aufs neue das durch die Abstimmungen vom 8. Mai und 9. Juni zum Ausdruck gebrachte Vertrauen aus, lehnt jede zusätzliche Bemerkung ab und geht zur Tagesordnung über.

Bevor über diese Tagesordnung abgestimmt wurde, kam die vom Abgeordneten Franklin-Bouillon als Interpellant geforderte sogenannte einfache Tagesordnung zur Abstimmung, d. h. der Uebergang zur Tagesordnung ohne Billigung der Regierungserklärung. Gegen die Annahme dieser einfachen Tagesordnung stellte Ministerpräsident Laval die Vertrauensfrage. Sie wurde mit 310 gegen 267 Stimmen abgelehnt.

Die Vertrauensfrage wurde mit 312 gegen 260 Stimmen angenommen.

Entspannung in England.

Macdonald gibt nach.

— London, 16. Juni.

Wenige Stunden vor der entscheidenden Unterhausabstimmung über den liberalen Abänderungsantrag zu den Grundsteuervorschlägen ist es zu einer Entspannung der parlamentarischen Lage gekommen.

Ministerpräsident Macdonald teilte der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei mit, daß die Regierung den revidierten Abänderungsvorschlag der Liberalen annehme und daß damit die Krise vermieden sei.

Wenn die Versuche, die Kluft zwischen Arbeiterpartei und Liberalen zu überbrücken, fehlgeschlagen wären und die Regierung im Unterhaus eine Niederlage erlitten hätte, wären zweifellos unverzüglich Neuwahlen ausgeschrieben worden. Durch kluges Nachgeben in letzter Minute hat Macdonald sein Kabinett noch einmal gerettet, seine Abhängigkeit von den Liberalen ist aber dadurch klar erwiesen.

*

Englische Kundgebung für die Abrüstung.

In einer Massenversammlung wies der Erzbischof von York darauf hin, daß der Versailler Vertrag Deutschland zur Abrüstung gezwungen und die Alliierten ihrerseits zur Abrüstung verpflichtet habe. Wenn wir diese Verpflichtung nicht erfüllen, erklärte der Erzbischof, machen wir uns eines schändlichen Unrechts schuldig. Deutschland wird fühlen, daß es dem Wort der alliierten Nationen nicht trauen kann.

Ein Mahnruf der Aerzte.

Die deutsche Aerzteschaft gegen die Reparationslasten.

Als Auftakt zu dem 50. deutschen Aerztetag und der 28. Hauptversammlung des Verbandes der Aerzte Deutschlands (Hartmannbund) in Köln sprach auf einem Begrüßungsabend Dr. Haedenkamp-Berlin, der ständige Beauftragte der ärztlichen Spitzenorganisationen Deutschlands.

Der Redner ging zunächst auf die Frage der Sozialpolitik und der sozialen Versicherung ein. Nicht nur die Kreise der Versicherten, sondern der allergrößte Teil des Volkes überhaupt werde durch die Wirkung der letzten Notverordnung mit Sicherheit der wirtschaftlichen und sozialen Verelendung entgegengeführt.

Es könne nicht ausbleiben, daß die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes unter dem Druck der Reparationslasten in absehbarer Zeit eine verhängnisvolle Verschlechterung erfahren. Gegen eine solche unmittelbare Bedrohung der Arbeits- und Leistungskraft des deutschen Volkes erhebe die deutsche Aerzteschaft ihre warnende Stimme. Ohne eine stärkere Aktivität der Regierung in der Revisionspolitik und der Einsicht der Reparationsgläubiger werden bald die letzten Reserven an körperlichen, seelischen und geistigen Kräften des deutschen Volkes erschöpft sein.

Die Sozialpolitik verliere jeden Sinn und jede Wirkung, wenn die Reparationslasten zum fortschreitenden Wirtschaftsverfall der Völker und zu einer unabsehbaren Steigerung der Arbeitslosenziffern führen.

Verlustliste des „St. Philbert".

465 Todesopfer der Dampferkatastrophe.

— St. Nazaire, 16. Juni.

Eine neue berichtigte Liste der Opfer des Dampferunglücks an der Loire-Mündung umfaßt 97 neue Namen, so daß sichmit den zuletzt veröffentlichten 368 eine Verunglücktenziffer von 465 ergibt, einschließlich der siebenköpfigen Besatzung des „St. Philbert".

Unter den Verunglückten befindet sich eine große Anzahl von Oesterreichern, nämlich dreizehn, sowie ein Deutscher, der 27jährige Nikolaus Krutten, der in Nantes wohnhaft war. Zwei Schlepper sind von St. Nazaire ausgelaufen, um weitere Leichen zu suchen. Die bisher geborgenen 70 Leichen sind durch Militärlastwagen nach Nantes übergeführt worden.

Etwa 150 Kinder ums Leben gekommen?

Nach einer anderen Meldung befanden sich auf dem Unglücksschiff zur Zeit der Katastrophe 440 zahlende Fahrgäste, ferner etwa 100 Kinder im Alter von 4 bis 7 Jahren und gegen 50 Säuglinge. Diese Zahlen waren in den ersten Aufstellungen über die Todesziffer der Katastrophe nicht berücksichtigt, da man für die Kinder und Säuglinge keine Fahrkarten zu lösen brauchte. Auf dem Landwege sind nur 27 Personen nach Nantes zurückgekehrt.

Verschiedenes.

Visum verweigert! Das weithin bekannte, angesehene evangelische Diakonissenhaus in Posen konnte Anfang Juni auf ein 100-jähriges Bestehen zurückblicken. Dem Görlitzer Pfarrer Onasch, einem langjährigen früheren Mitarbeiter des Hauses, der für die Gedächtnisfeier die Predigt übernommen hatte, wurde von dem polnischen Konsulat in Breslau das Einreise-Visum verweigert. — Politik der Nadelstiche!

Zum Rektor der Wilhelms-Universität in **Münster** in Westfalen wurde für das Studienjahr 1931/32 der derzeitige Dekan der Evangelisch-theologischen Fakultät, Prof. D. Johannes Hevmann, gewählt.

Bücher und Zeitschriften.

Schriften über die Alkoholfrage. Im Neuland-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 8, Kronenstraße 8—9 sind in den letzten Zeiten folgende kleinere und größere Schriften erschienen, die uns zur Anzeige übersandt wurden. Es ist uns nicht möglich, den Schriften eine längere Besprechung zu widmen. Wir geben hier den Titel bekannt, und soweit der Preis angegeben war, auch den Preis, so daß jeder, der sich für irgendeins dieser Spezialgebiete interessiert sich die Sachen auswählen kann.

Sind Alkoholschäden vererbbar? Dr. Agnes Bluhm	—,50
Alkohol und Erziehung „Die Alkoholfrage". Prof. Dr. Gg. Klatt	5,50
Die Erzählung von der Hochzeit zu Kana. D. Hans Schmidt	1,50
Asiatischer und europäischer Alkoholismus. Hans Anstein (Pfarrer in Basel)	1,25
Psychologie des Alkohols. Prof Dr. E. Kraeplin	0,40
Zahlen zur Alkoholfrage. Theo Gläß	0,20
Das neue deutsche Gaststättengesetz. Theo Gläß	0,50
Der Kampf gegen das Gemeindebestimmungsrecht in Deutschland 1920—1930. Dr. Reinh. Strecker	0,50
Nüchternheit und Verkehrssicherheit. Sanitäts-Rat Dr. med. Bonne	0,50
Mystik und Alkoholekstase. D. Dr. Johannes Hempel	
Der Guttemplerorden und seine Bräuche. Hedwig Heinrich	0,30
Der Schutz der Familie gegen den trunksüchtigen Familienvater. Dr. Käthe Mende	0,90
Die Bedeutung ethischer Motive f. d. Alkoholenthaltsamkeit. Prof. D. Friedrich Mahling	0,30
Die Alkoholfrage bei Calvin. Lic. theol. P. Brunner	2,—
Was wollen die Guttempler? Flugblatt	
Ziel und Arbeit des Deutschen Guttemplerordens. Flugblatt.	
Neues Leben im alten Schulhaus. Karl Springenschmid	1,—
Wirkungen d. Alkoholgenusses auf die Nachkommenschaft. Dr. Herm. Muckermann	
Die Mitarbeit des Deutschen Guttemplerordens an der Heilfürsorge für Alkoholkranke und -gefährdete. Johannes Thiken	0,50
Enthaltsamkeit und Mäßigkeit. Waldemar Lorenz	

Aussteuer-Tage!

● Ganz besonders billiger Verkauf in Weißwaren und Wäsche ●

Hemdentuche 32 Pf
starkfädig . . Meter zu 68 58 48

Hemdentuche 48 Pf
feinfädig . . Meter zu 68 60 55

Rohnessel 23 Pf
78 cm breit . . Meter zu 48 38 29

Rohnessel 85 Pf
160 cm breit . . Meter zu 1.00

Rohnessel 68 Pf
155 cm breit . . . . Meter zu 78

Linon 1.00
160 cm breit . . Meter zu 1.55 1.35

Bettsatin 1.15
160 cm breitMeter zu 2.30 1.95 1.80

Bettdamast 1.45
160 cm br. Met. z. 3,15 2.60 2.30 1.60

Nessel-Bettücher 1.55
2.10 m lang . . . . . zu

Nessel-Bettücher 2.10
2.25 m lang, schwere Qualität zu 2.50

Haustuch-Bettücher 2.85
2.25 m lang . . . . zu 3.80 3.35

Bettbezüge 4.65
in Linon, 160/200 groß zu 6.75 6.15

Bettbezüge 5.60
in Satin, 160/200 groß . zu 7.75 6.75

Kissenbezüge 80/80 gr., 95 Pf
ausfest. m. Hohls. zu 1.80 1.60 1.45

Küchentücher 45 Pf
in Reinleinen . . . zu 72 68 55

Frottierhandtücher 75 Pf
50/100 groß . . . . . zu 1.25 90

Frottierhandtücher 1.20
54/110 groß . . . . . zu 1.65 1.45

Heinr. Hirz

Bielefeld, Obernstraße 35/37

Der „Aufwärts" liegt auf

im Evangel. Erholungsheim **Hasliberghaus** Goldern, Berner Oberland, in herrl. windgeschützter Sonnenlage (1060 m) angesichts von Gletscher u. Schneebergen, mitten in Gärten, Wiesen u. Wäldern. Sorgfält. Verpflegung, traul. Familienleben. Tagespr. von 7 Fr. an. Ill. Prospekt vom

Hausvater Dr. R. Burckhardt, Pfr.

Ostseebad Heiligendamm

Erholungsh. des Diakonissenhauses „Tabea"

nimmt Gäste auf; an altem Buchenwald gelegen, für Ruhebedürftige besigeeignet. Zentralheizung, gute Verpfl. 4 Mahlzeiten; pro Tag Mk. 4,50 bis Mk. 6.— Verlangen Sie Prospekt.

Der „Aufwärts" liegt auf im **Christl. Erholungsheim „Bethanien"**, Deckbergen, Weserberge, und wird von sämtlichen zur Kur weilenden Gästen gern gelesen.

Ruhebedürftige Organ- u. Nervenschwache

finden dort in der ozonreichen Weserbergluft recht schnelle Erholung und Kräftigung. Junger Tannenwald mit schönen Wegen und Liegeplätzen, Luftbad, große Liegewiese, alles direkt am Hause. Pens. RM 3,75 bei guter Verpfl. Keine Nebenkosten. Prosp. frei.

Es finden einige

Ruhe- und Erholungsbedürftige

liebevolle, gute Aufnahme und Verpflegung. Einf., saub., sonniges Haus. Beste frische und tiefgekühlte Milch jederzeit. Auf Wunsch Diät. Aeußerst preiswert.

Landw. Schröder, Wöhren, Post Blomberg (Lippe).

Nordseebad Langeoog

Christl. Erholungsheim „Bethanien"

Arbeitszweig des Diakonie-Vereins „Bethanien"

Solingen-Aufderhöhe

Familiärer Gemeinschaftskreis, Andachten und Versamml. im Hause. Anerkannt gute Verpfleg. Mäßige Preise, besonders in der Vor- und Nachsaison. Das Heim liegt in der Nähe des Badestrandes. Anmeldungen an Schw. Marie Rießner, Christl. Erh.-Heim „Bethanien", Langeoog/Nordseebad.

Postscheckk.: Amt Essen Nr. 20502.

Vorzüglichen

Erholungsaufenthalt

bietet das im Weserbergland gelegene **Erholungsheim im Solling bei Dassel.** Sehr schöne Höhenlage, inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder. Licht-, Luft- und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Ermäßigte Preise. Prospekte kostenlos. Anfr. an Friedr. Gramm.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Blüten-garant. Honigs

10 Pfd. Dose 10.40 RM, vorwiegend **Klee-Lindenblüte** 12.20 RM, halbe Dose 5.90 RM und 6.90 RM, 1½ Pfd. Dose 1.90 RM und 2.10 RM frei Haus. Nachn. 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.

W. Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.

Dieser Honig ist auch in Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Im Sem. d. Diak.-Hs. zu Witten ausgeb. jg. Kindergärtnerin m. Kdgartenprax. u. guter Kenntn. in Erz., Körperpfl. u. Nähen (Lyc.-Reif.) f. gest. an gt. Zeugn. u. Ref.

Stellung

f. sof. od. sp. in gt. christl. Haus (auch Ausl.). Ang. erb. unter A 1653 an d. Geschäftsstelle d. Bl.

Ausnahmeangebot für eine Woche!

9 Pfd. ff. ostfr.

Molkereibutter

nach Wunsch abgeteilt 12,50 Mk. fr.

Otto Doesken, Möhlenwarf (Ostfr.)

Stellengesuche u.-Angebote

haben im „Aufwärts" großen Erfolg

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik

ERNST DAVID

gegründet 1885

prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille

liefert als Spezialität die von den

Posaunen-Chören

bevorzugten Flügelhörner (System Kuhlo) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenfragen" — Seite 20—26

Katalog und Preisliste gratis.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

DEUTSCHES NORDSEEBAD

Büsum

Bahnstation in Holst. Grüner Strand. **Wattenlaufen,** Badeplätze für See-, Sonnen- u. Luftbäder, Warmbad, Sport, Kurmusik.

Pensionspreis von 4.50 RM. an. Auskunft u. Führer umsonst durch die Badeverwaltung. Fernr. 213

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.